1015

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern [illegible] und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Neue Enthüllungen über das unerhörte Verhalten der Dresdner Polizei bei der Untersuchung des Fememordfalles Hentsch. (Siehe im Innern unserer Zeitung)

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen [Internationale] . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . [...] Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Kolonelzeile 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (anschl. an den textlichen Teil einer Textseite) 1,50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat". Alle Inseratenexpeditionen, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 [illegible], Postscheck Dresden [illegible]. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 [illegible]. [illegible] frei Haus monatlich 2,20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. [illegible] Zustellgebühr. Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Inhalt: [illegible] Eibel, Dresden; Ausland: Alfred Henderich, Berlin; übriger Teil: Erich Geldmann, Dresden; Inserate: Fritz Kitscher, Dresden. Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17250, Postscheck Dresden [illegible]

8. Jahrgang — Dresden, Freitag den 30. Dezember 1932 — Nummer 298

Verstärkte Gegensätze in der Diktaturregierung

Industrielle und Junker streiten um Profit-Verteilung . Margarine-Verteuerung angekündigt, gleichzeitig neue Millionen-Subventionen an Kapitalisten . Schärfster Kampf der Arbeiter gegen Großindustrie, Großagrarier und Schleicherregierung

Vor einigen Tagen schrieben die Leipziger Neuesten Nachrichten, **es sei zwar lächerlich aber es wäre doch so, daß in der jetzigen Situation eine Regierung über die an und für sich unbedeutende Frage der Butterbeimischung zur Margarine stürzen könne.**

An dieser Feststellung ist ohne Zweifel etwas Richtiges. **Die Differenzen im Lager der Bourgeoisie verschärfen sich mit den wachsenden Widersprüchen zwischen der verfaulenden kapitalistischen Krisenwirtschaft und der immer stärker werdenden Revolutionierung der breiten Massen, die die Folgen dieses bankrotten Systems nicht mehr willig tragen wollen.**

Die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Gruppen, die schon im Papenkabinett zum Ausdruck kamen, zeigen sich jetzt auch in wachsendem Maße in der Schleicherregierung. In der Deutschen Zeitung vom 24. Dezember findet man dazu folgende Ausführungen:

„In politischen Kreisen ist es ein offenes Geheimnis, daß die Reibungen innerhalb des Reichskabinetts, die sowohl bei den Agrarfragen als auch bei der Arbeitsbeschaffung zutage getreten sind, tatsächlich zu einer Krise geführt haben, die nur nach außen hin mühsam verdeckt wird.

Die Ergebnisse der „Klausur" Warmbold-Braun, auf die Schleicher so stolz war, treten immer klarer zutage und es zeigt sich, daß der Reichsernährungsminister das Opfer der Kreise geworden ist, die nicht nur jede zielbewußte Agrarpolitik, sondern jede nationale Wirtschaftspolitik überhaupt zu sabotieren trachten. Herrn von Braun dürfte angesichts dieser Sachlage kaum mehr eine andere Möglichkeit bleiben, als die Kabinettsfrage zu stellen, deren Auswirkungen für den Bestand des Gesamtkabinetts nicht abzusehen sind. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der plötzliche Urlaub des Reichsernährungsministers verschiedentlich als Einleitung zu weitergehenden Entschlüssen aufgefaßt worden ist."

Daraus ergibt sich, daß die Differenzen im bürgerlichen Lager, vor allem zwischen **Großindustriellen und Großagrariern,** die um den Anteil an den Profiten streiten, sich vergrößern. Der Ernährungsminister Braun ist um die Wünsche der Großagrarier bemüht, während der Wirtschaftsminister Warmbold die Stellungnahme der Industriellen repräsentiert, zu denen auch Schleicher mehr hinneigt. **Die Schleicherregierung hat jetzt, um den Forderungen der Großagrarier entgegenzukommen, die Schmalzeinfuhr beschränkt, die Margarineverordnung erlassen und beabsichtigt weitere Zoll- und Kontingentierungsmaßnahmen zu treffen. Zugleich gibt die Schleicherregierung den deutschen Industriellen Millionengeschenke unter dem Titel der „Arbeitsbeschaffung" wie die 8 Millionen Subventionen, wie jetzt die Mansfeld-AG erhalten soll.**

So versuchen die Herren von Schleicher und Halm ihre Differenzen auf Kosten der Arbeitermassen, die die Margarine teurer bezahlen sollen und aus deren Steuergroschen die Mansfeld-AG Geschenke erhält, abzuschwächen.

Es gilt für die Arbeiterschaft, den schärfsten Kampf gegen die Zollpolitik und gegen die Subventionen zu führen. Je entschlossener und geschlossener die Arbeiter gegen die Schleicherregierung, gegen die Industriellen und Junker vorgehen, je entschiedener die Arbeiter für die Wiedereroberung der alten Löhne und für ausreichende Winterhilfe kämpfen, desto mehr vertiefen sich die Differenzen im bürgerlichen Lager, desto stärker wird die Kraft der Arbeiterklasse, desto leichter setzt das Proletariat seine Forderungen durch.

SPD-Führer für Margarineverteuerung

Fort mit der Margarinenotverordnung, mit Zollwucher und Lebensmittelverteuerung . Heraus aus der SPD, die die Hungermaßnahmen der Schleicherdiktatur unterstützt!

Das Berliner „12-Uhr-Blatt" vom 29. Dezember bringt die Erklärung **eines Direktors der größten deutschen Margarinewerke, daß der Beimischungszwang von Butter zur Margarine unbedingt eine Steigerung des Margarinepreises zur Folge haben muß.** Jetzt beläuft sich der Preis für Rohstoffe für ein Pfund Margarine auf 20 Pfennig, während Butter nicht unter 1 Mark pro Pfund zu haben sei.

Es ist ganz klar, daß die Margarinekapitalisten den Beimischungszwang zum Anlaß nehmen, das einzige Speisefett, das die Arbeiter sich noch leisten können, zu verteuern. Gleichzeitig wird auch der Butterpreis in die Höhe getrieben, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer Morgenausgabe vom 29. Dezember offen ausspricht:

„Das Ziel besteht darin, den Butterpreis zu erhöhen. Schon diese Absicht berührt merkwürdig angesichts der Tatsache, daß der Butterpreis ganz genau so hoch liegt wie 1913."

Also sogar diese schwerkapitalistische Zeitung wendet sich im Interesse natürlich nicht der Arbeiter, sondern der Industriellen gegen die ungeheuerlichen großagrarischen Maßnahmen der Schleicherregierung.

Zur selben Zeit gibt es aber sozialfaschistische Führer, die schamlos genug sind, die ungeheuerlichen Maßnahmen der Schleicherdiktatur zur weiteren Vergrößerung des Hungers der breiten Massen zu loben und zu begrüßen.

Im „Sozialistischen Monatsblatt" (12. Heft, 1932) veröffentlicht der Sozialdemokrat Julius Kaliski einen Artikel „Schutz und Ausbau der Landwirtschaft", der sich begeistert für den Zollraub der Junker ausspricht.

Die Sozialdemokratie hat seit jeher die großagrarische Zollpolitik unterstützt, wobei sie bei den Differenzen zwischen Industriellen und Junkern mit den ersteren zu gehen pflegte und sich zum Betruge der Arbeiter scheinoppositionell maskierte. Auch jetzt versucht der „Vorwärts" die Arbeiter glauben zu machen, daß die SPD gegen die Zoll- und Kontingentierungsmaßnahmen der Schleicherregierung vorgeht. Der Sozialdemokrat Kaliski lüftet nun die Maske der SPD und erklärt:

„... daß die Agrarzölle für die Preisbewegung eigentlich ganz belanglos seien, nachdem man sich eben noch angestrengt gemüht hat, dieselben Zölle als Instrumente unerträglichen Wuchers zu denunzieren ... So wird der Boden für eine unverantwortliche Politik bereitet, und man erweckt die Vorstellung, daß die Einfuhrkontingentierung allein der Gewinngier und dem Machtverlangen preußischer Feudalherren entspringe und dienen solle ... Jetzt darf man diese mühsame und unter großen Opfern geschaffene Basis der bäuerlichen Erzeugung nicht gegen die roheste Erschütterung schützen, weil die Auslandskonkurrenz, die ihre gesteigerte Bedeutung nicht zuletzt dem Krieg verdankt, angeblich das deutsche Vorgehen nicht verstehen und durch Kampfmaßnahmen beantworten würde."

Die Agrarzölle sind für die Preise natürlich nicht belanglos, sondern wirken preissteigernd. Es ist bezeichnend, wie sich Kaliski die Forderungen der ostelbischen Großagrarier („preußische Feudalherren") zu eigen macht.

Was schert SPD-Kaliski und die Sozialdemokratie, daß die deutsche und ausländische Bourgeoisie ihren Handelskrieg auf dem Rücken der deutschen Arbeitermassen austragen, was schert Kaliski und die SPD, daß jetzt dem deutschen Proletariat die Margarine vom Brot genommen wird — Hauptsache sind ihnen die Gewinne des Kapitals und im speziellen sind die Kaliski und Co. um die agrarischen Kapitalisten bedacht.

Ihr, sozialdemokratische Arbeiter, die ihr gegen Zollraub und Hunger kämpfen wollt, euer Kampfplatz kann nicht an der Seite der Kaliski, der Lakaien der Herren vom Großgrundbesitz sein. Ihr gehört in die kämpfende Einheitsfront, an die Seite der Kommunisten!

Unser Kampf in den Kommunen

Von Fritz Geldmann

„Nur wenn die Kommunisten den vielseitigen Formen der Manövrierpolitik der Sozialfaschisten in ihrer ganzen Konkretheit Rechnung tragen, vermögen sie diese wirklich zu entlarven und zu isolieren. Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie — diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie — gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats — die Bourgeoisie — mit Erfolg schlagen und zerschlagen. Und nur, wenn die Kommunisten zwischen den sozialdemokratischen Führern und den sozialdemokratischen Arbeitern streng unterscheiden, können sie die Mauer, die sie häufig von den sozialdemokratischen Arbeitern trennt, im Namen der revolutionären Einheitsfront von unten niederreißen." (Thesen des 12. EKKI-Plenums).

Alle Wahlen seit dem Jahre 1928 zeigen einen starken Rückgang des Masseneinflusses der Sozialdemokratie. Dieser Rückgang war besonders und über Erwarten stark bei den sächsischen Kommunalwahlen am 13. November. Falsch wäre es natürlich, zu glauben, daß mit diesem Rückgang des Masseneinflusses der Sozialdemokratie die SPD ihre Bedeutung als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie verlieren würde. Dieser Rückgang des Masseneinflusses der SPD hat jedoch die eine Folge, daß die Versuche der Sozialdemokratie, mit immer neuen und frecheren Betrugsmanövern die Radikalisierung der Arbeiterschaft auszunutzen und dem weiteren Verlust an politischem Einfluß in der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, von den sozialdemokratischen Führern außerordentlich gesteigert werden. In der Resolution der 3. Parteikonferenz der KPD heißt es dazu:

„Während sich ihr Masseneinfluß verringert, greifen die sozialdemokratischen Führer zu immer neuen Betrugsmethoden. Unter scheinbarem Eintreten für Endzielforderungen („Sozialismus", „Umbau der Wirtschaft", „Sozialistische Aktion"), unter scheinbarem Kampf gegen die heutige Form der bürgerlichen Diktatur („Zweite Republik", „Rückkehr zur Demokratie" oder „Verteidigung der Demokratie") treten sie in der Tat gegen die Kämpfe zur Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse und der Werktätigen auf, vertrösten das Proletariat auf Wahlen und andere parlamentarische Aktionen, um es vom Klassenkampf abzuhalten."

Die parlamentarischen Manöver der sozialdemokratischen Führer haben vor allem den Zweck, in der Arbeiterschaft immer neue parlamentarische Illusionen zu erwecken und unter Ausnutzung dieser parlamentarischen Illusionen die Arbeiter vom wirklichen Kampf gegen das kapitalistische System abzuhalten. Parlamentarische Betrugsmanöver gehörten vor allem in Sachsen in der Vergangenheit und gehören auch in der Gegenwart zu dem eisernen Bestand der Manövrierpolitik der Sozialdemokratie. Erinnert sei nur an das Listenverbindungsangebot vor den Kommunalwahlen, erinnert sei an die neuen Manöver, die die Sozialdemokraten gegenwärtig durchführen.

In den nächsten Tagen treten in allen Gemeinden Sachsens die am 13. November neugewählten Kommunalparlamente zu-

Nazi-Schenk hatte noch einen zweiten Fememord geplant

Neue Enthüllungen über die viehischen Taten der Nazi-Fememordbrut

Dresden, 30. Dez. (Eig. Bericht)

Durch den jetzt bekannt gewordenen viehischen Fememord am Nazimann Hentsch, ist die allgemeine Aufmerksamkeit wieder einmal in starkem Maße auf die in der Nazipartei üblichen Terror- und Mordmethoden gelenkt worden. Im Falle Hentsch haben sie einen der eigenen Anhänger der Nazipartei getroffen, der den Naziführern offenbar zu viel Einblick in Dinge genommen hatte, die sie lieber verschlossen halten. Erzählt man sich doch jetzt selbst unter SA-Leuten

daß dem ermordeten Hentsch infolge seiner Tätigkeit in der Nachrichtenabteilung Tatsachen bekannt geworden sind, „die Schenk (dem Obermordbanditen) mindestens 10 Jahre eingebracht hätten", für den Fall, daß sie bekannt geworden wären.

Wir haben gestern bereits an einem Beispiel gezeigt, um welche Dinge es sich dabei handelt. Denn Schenk war u. a. auch der Führer der Bande, die vor längerer Zeit Bombenattentate auf die Freitaler SPD-Buchhandlung und auf das Dresdner Parteibüro der KPD unternahm. Ja, in solchen Terroraktionen bestand ja die ganze Tätigkeit jener Nachrichtenabteilung, die als

das Nest der Fememordbrut

angesehen werden muß. Diese Femeclique, die ja als besondere Abteilung in der Nazipartei existiert und die ebenfalls von dem Landtagsabgeordneten Dr. Bennecke „betreut" wird, hat u. a. die besondere Aufgabe, die sich von der NSDAP voll Ekel erfüllt abwendenden Naziproleten mit Messer und Revolver zum Verbleiben bei Hitler zu zwingen, vor allem, wenn es sich dabei um vielwissende Elemente (wie Hentsch) handelt. Gelingt das der Nachrichtenabteilung nicht, dann muß der Betreffende eben „über die Klinge springen".

So wird uns jetzt bekannt, daß nach der viehischen „Erledigung" von Hentsch noch ein anderer SA-Mann „daran glauben" sollte, und zwar ein auf dem Mittel-

(Fortsetzung auf Seite 2)